

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für 10 Bogen monatlich 110.—
Mar., bei Postbezug 125.— Mk. Fernbezug, Er-
scheinungstag nachmittags. Einzelnummer 6.— Mk.,
Sonntags 8.— Mk. Postgebühren: Amt Leipzig Nr.
16 654. Geschäftsstelle: Güterstraße 4. Für unerbetene Zu-
sendungen in keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)
Unparteiische

Anzeigenpreis Der Spaltenbreite Millimeter 4.— Mk.
Flächenraum 18.— Mk. Die laufende Monatsabrechnung wird
vom Besizer auf seine Rechnung bei deren Aufgabe mit
20.— Mk. in Zahlung genommen. Abrechnung 3.— Mk.
Porto besonders. Anzeigenfrist vormittags 10 Uhr.
Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger) Herausgeber Ludwig Valk.
mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 235.

Freitag, den 6. Oktober 1922.

162. Jahrgang.

Lageschronik

Die Vernehmung des Angeklagten Günther im Rathenau-
prozess eroberte beläufige Aussagen gegen die Mörder.

Infolge der Brotpreiserhöhung wurde von Arbeitgeberseite
bei einer Besprechung in der Reichsanzei die Not-
wendigkeit eines Lohnausgleichs anerkannt.

Die Geschäftsverhandlungen mit dem Deutschen Jugend-
nationalen sind ergebnislos abgebrochen worden.

Amerika stellt sich zu dem imperialistischen Frankreich in
starkem Gegensatz.

Der Rathenau-Prozess.

Dritter Verhandlungstag.

Leipzig, 5. Oktober. Die ganze Vormittagsitzung war
mit der Vernehmung des Angeklagten Günther ausgefüllt.
Es kam zu recht lebhaften Auseinandersetzungen. Ebenso
merkenswert, wie die Aussagen Günthers hin und her
schwanken, geht seine Stimmung von fast unhörbarem Flüster-
ton bis zu lauter Schreie über. Aufmerksam in Blick und
Gestik. Man glaubt dem Verteidiger Günthers, daß sein
Mandant schwerer psychisch sei. Selbst im Laufe
dieser Vernehmung muß er sich mehrfach den Vorwürfen
der Länge und laichen Auslassungen machen lassen. Im ersten
Teil seiner Aussage fällt auf, daß er erklärt, er habe
den Unabhängigen Hof, der eine Zeitung auch konstituiert
war, nicht besonders gut gekannt, während sich später
herausstellt, daß er schon im Mai eingehend mit Hof
geschäftliche Dinge behandelt hat. Ebenso auffallend ist die
Faktum, daß sich Günther, als die Maschinenpistole
besorgt werden soll, an Hof wendet. Man pflegt solche
Maschinenpistolen im allgemeinen nicht bei sich zu haben.
Für diese Wertminderungen ist kein weiteres Interesse vor-
handen; wohl aber erfolgt ein lebhaftes Eingreifen der
Anwälte, als sich aus der Aussage Günthers zu ergeben
scheint, daß der Deutschnationale Jugendbund belastet wäre.
Günther erzählt, er wäre am Abend des Montags dort
mit großem Hallo empfangen worden. Reichsanzei A. D.
Rechenbach greift sehr energisch in die Verhandlung ein
und fragt mit besonderer Betonung nach einem „Ich
möchte auf diesen Punkt noch einmal zurückkommen.“
Sie sind also an diesem Abend nicht einmal als Mörder an die
Lust gesetzt worden, sondern man hat Sie geduldet und
im Anfang sogar mit Hallo begrüßt. Erst nach sehr
heftiger Debatte können die Verteidiger Moritzmann,
Saas und Justizrat Bach feststellen, daß am Abend
niemand der dort anwesenden wissen konnte,
daß Günther am Rathenauortete beteiligt war, und daß
sich das Hallo als überhöfliche höfliche Begrüßung des
Kommens Günther stellte.

Es gelang den Verteidigern zu betonen, daß an diesem
Abend im Deutschnationalen Jugendbund ausdrücklich der
Rathenauort ohne Zusammenhang mit Günther natürlich
möglichst wurde. Zu bewegter Szene kam es
schließlich, nachdem Reichsanzei A. D. Rechenbach vergeblich
versucht hatte, aus dem Angeklagten die Namen der
angehörigen „Verbindungen“ über die er verfüge, heraus-
zubekommen, und auch die Verteidigung ihn dringend bat,
seinen Namen zu nennen, sondern diese angehörigen Geld-
geber zu nennen. Da sich Günther, die „Verbindungen“
Günthers zu einem paar sehr wichtiger Bekannten zusammen,
und er mußte erklären, daß er Geld von keiner Seite
bekommen habe.

Auffallend ist nur eine gewisse Latenz der Günthersehen
Aussagen, die darin besteht, Mitangeklagte Scheinbar zu
entlasten, um nach vielem Hin und Her, Drehen und
Wenden diese Entlastung zu einer Belastung zu
machen. Die Frage des Entlasten der Moritzmann ist
durch die Vernehmung des Günther noch nicht eindeutig
gelöst. Daß Günther selbst eine sehr merkwürdige Rolle
bei Plan und Ausführung gespielt hat, hebt sich in der heutigen
Verhandlung deutlich hervor. Bei den früheren Aus-
sagen Günthers ließ sich ein genaues Bild gerade dieser
Angeklagten noch nicht ziehen.

In der Nachmittagsitzung wurde in ziemlich monotonem
Verlauf eine Reihe von Angeklagten vernommen: v. Salomon,
Nieber, Warrnide und Altmann. Der niederdrückende Be-
halt der Aussagen wird nur selten von ein paar Sätzen
unterbrochen, die nämlich irgendwelche Bemerkungen über in denen
neue Momente zutage treten. v. Salomon legt im Eingang
seiner Aussage ein fast schwärmerisches Bekennt-
nis für Kern ab. Auf die Frage des Vorrichtenden,
ob er diese Bewunderung noch jetzt nach dem Morde hege,
sagt er, daß er den Morde nicht billige, aber den Mord, nicht
mit dem Kern die Konsequenz seiner Handlung gezogen
habe. Der Vorrichtende, der in außerordentlich ruhiger und
gewinnender richtiger Art die Verhandlung leitet,
spricht bei dieser Vernehmung Salomons ein halbsat-
telhaftes Wort vor sich hin. Salomon erklärte nämlich, er gebe
zu, daß er sich etwas jämmerlich benommen habe, aber
er Kern nicht persönlich von dem Mordplan abgedr-
te. Da sagte der Vorrichtende eben halbsat-
telhaft: „Wenn das das Schlüßwort gewesen wäre, was Sie
sagen, dann ...“ Er bricht ab, rückt die goldene Brille
wieder fest und stellt weitere Fragen. Bei der Vernehmung

des Nieber, dessen Vorstrafen wegen Diebstahls bereits
erwähnt sind, greift der Reichsanzei Ebermayer ein, um
zu erfahren, ob er früher gemachte Angaben des An-
geklagten von der Vorkommis der Organisation C.
etwas Wahres wäre. Der Angeklagte gibt eine recht ver-
weirte Antwort und erklärt schließlich, daß er sich diese
Dinge aus den Fingern gelogen habe. Als er weiter sagte,
er habe von Kern Namen gehört, als er die 300 Weizen
von Zion erwähnt, rüft der Reichsanzei erschrocken aus:
„Auf die Frage des Verteidigers des Hauptanwalts Will-
essen, ob die früher von Nieber gemachte Aussage, daß
Tilliesen am Scheidemann-Alteutet beteiligt sei, nicht eine
halbof- fällige Annahme sei, wiederholt der Angeklagte: „Eine
vollig halbof- fällige Annahme.“

Sehr präzise, knapp, in militärischem Tone, macht
Warrnide seine Aussage. Als ihm der Vorrichtende seine
Mithilfe bei den Dynamitentaten in Hamburg vorhält,
sagt er: „Sie haben uns an unseren heiligen Gefühlen ge-
griffen, haben in Hamburg das Zentrum des alten Kaisers
beschädigt, und da sollten Sie sagen, daß, wenn es so
weiter geht, wir auch an ihre Sachen fallen.“ Er erklärt
dann weiter: „Ich bin ein Feind der Regierung gewesen,
aber das ist niemals von Rathenau im besonderen. Ich
habe mich nie mit ihm beschäftigt, hätte unter seinen Um-
ständen meine Hand zu diesem Morde gegeben.“
Eingelassen über die Mordat brachte die die Sitzung
abschließende Vernehmung des Hauptanwaltes Hsemann,
der besonders die Wilmahme der Maschinenpistolen ausführlich
schilderte.

Die Präsidienwahl.

Berlin, 5. Oktober. Nach Führungnahme mit den
politischen Parteien ist das Reichspräsidentenamt am Donnerstag
nachmittags zusammengetreten, um sich über die Wahl
des Reichspräsidenten zu beraten. Die Reichsregie-
rung wird an den Präsidien des Reichstages das Er-
lösen rufen, alsbald einen Beschluß des Reichstages über
die Wahl des Reichspräsidenten herbeizuführen. Als Wahr-
scheinlich schätzt die Reichsregierung dem Reichstag, Sonntag,
den 3. Dezember dieses Jahres vor. Der Reichsminister des
Innern wird die Regierungen der Länder erziehen, alsbald
die Vorbereitungen zur Durchführung der Wahl zu treffen.
Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt heute in ihrem Leit-
artikel zur Reichspräsidentenwahl: Soweit wir unterrichtet
sind, halten es auch die Deutschnationalen für unbedenklich,
wenn sich die bürgerlichen Parteien auf einen gemeinsamen
Kandidaten einigen. Das wird freilich nicht ganz einfach
sein. Es wird daher zunächst eine Einigung zwischen der
Deutschnationalen, der Deutschen und der Bayerischen Volks-
partei zu erfolgen haben. Sollten sich Zentrum und Zemo-
tratie von der gemeinsamen Front ausziehen, so muß der
Verzicht gemacht werden, einen solchen Kandidaten jener
drei Parteien aufzustellen. Fraglos würde er auch bei
den Wählern der jetzigen Koalition erheblichen Anklang
finden, denn wir glauben, daß der viel weiten größte Teil
des Bürgertums es für unbedingt notwendig hält, an die
Spitze des Deutschen Reiches einen nicht sozialistischen Mann
zu stellen.

Die Brotpreiserhöhung.

Berlin, 5. Oktober. In der Reichsanzei fand am
Donnerstag unter dem Vorsitz des Vizeministers Bauer
eine Besprechung mit Vertretern der Zentralarbeitsge-
meinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber
und Arbeitnehmer Deutschlands, des Zentralverbandes des
Deutschen Großhandels und der Hauptgemeinschaft des
Deutschen Eisenhandels über die Auswirkungen der bevor-
stehenden Erhöhung des Brotpreises statt. Die Vertreter
der Arbeitgeber erkannten grundsätzlich die Notwendigkeit
eines Lohnausgleichs an, daß der viel weiten größte Teil
des Bürgertums es für unbedingt notwendig hält, an die
Spitze des Deutschen Reiches einen nicht sozialistischen Mann
zu stellen. Sie erklärten sich bereit, die Frage mit
ihren Organisationen zu besprechen und deren Stellung-
nahme herbeizuführen. Falls es sich als nötig erweisen sollte,
werden alsdann weitere Verhandlungen mit der Regierung
stattfinden.

Die Zunderwirtschaft im Jahre 1922-23.

Zoeben erläßt der Reichsminister für Ernährung und
Landwirtschaft eine Verordnung über den Verkehr mit
Zunder im Betriebsjahr 1922/23, die mit sofortiger Wir-
kung in Kraft tritt. Durch die Verordnung wird in Ueber-
einstimmung mit den Beschlüssen des Reichsrats und des
Reichswirtschaftsrats die gesamte Zunderindustrie zur ein-
heitlichen Verwaltung des Zunders zusammengeschlossen
und dadurch die Grundlage für die Verteilung nach einhei-
tlichen Grundsätzen geschaffen. Die neue Zunderwirtschafts-
stelle hat die Verteilung des Zunders unter der Oberaufsicht
des Reichsernährungsministers vorzunehmen. Ihr wird
außerdem ein Beirat aus Vertretern der Länder, der Land-
wirtschaft, des Groß- und Kleinhandels, der Verbraucher
von angegliedert. Dieser Beirat soll Mitte kommenden
Wohes zum erstenmal zusammenzutreten. Außerdem wird ein
Reichswirtschaftsrat die öffentlichen Interessen wahrnehmen.

Die Katastrophe.

Ein Umwetter von Schrecken und Widerwärtigkeiten
hat sich in den letzten Wochen über uns entladen. Der
härte Sturm der Welt und seine verheerenden Auswirkungen,
die beispiellose Revolution, welche die bereits auf das
äußerste eingeschränkte Lebenshaltung der breiten Volks-
schichten bis zur Unmöglichkeit nach unten drückt, das
immer erneute Wettlaufen zwischen Ökonomie und Preisen,
wobei stets die Preise erheblich im Vordergrund sind, der
Ausverkauf der deutschen Waren an Ausländer, der vielfach
verluchte und zum Teil durchgefieltes Ertrag der deutschen
Währung durch ausländische Zahlungsmittel im Inlands-
verkehr, die immer fühlbarer werdende Knappheit an Zah-
lungsmitteln, die den Ablauf des Geschäftsverkehrs und die
Lohn- und Gehaltszahlungen empfindlich erschwert, und zu
allen die verheerend auftretenden Störungsversuche und
alarmierenden Anzeichen von Unruhe. Dieser ganze in über-
stürztem Tempo vor unsern Blicken sich abrollende Schreden-
film spiegelt nicht nur die fortschreitende Verarmung Deutsch-
lands wieder, sondern auch die tiefe Zerrissenheit und die
unzulängliche geistige Einstellung großer Teile unseres
Volkes auf den allgemeinen Notstand. In einem kritischen
Zeitpunkt, in dem der Wille zum gegenseitigen Verständnis
das Volksempfinden hätte tragen und widerstandsfähig
machen müssen, drohte sich ein Kampf aller gegen alle zu
entwickeln. Freilich, es sind der Prüfungen viel, die über
uns hereinbrechen! Wurunter die Waise der Bevölkerung
an meisten leidet, sind die maßlosen Preissteigerungen,
die der Kaufkraft ungeschätzte Familien kosten. Kein Wunder,
daß diese Tatsache Nationalität und Erbitterung auslöste.
Aber was vor in diesen Zeiten immer aufs neue erleben
müssen, dieses irre Suchen und Tappen nach den ver-
meintlich treibenden Kräften der Preisbewegung, dieses Vor-
begehen an den wirklichen Ursachen unserer Not, dieser
mangelnde Ueberblick über die wirtschaftlichen Zusammenhänge
und dieses in manchen Fällen bewusste Nichtwissen zu
stellen nötig zu einigen Worten über den Quell des
Uebels.

Ihren Anstoß empfang diese ganze überstürzte Bewegung
vom Zerfall unserer Währung. Die auf den dreihundertsten
Teil des Friedenswertes herabgesunkene deutsche Währung ist
nicht anders, als der Ausdruck unserer volkswirtschaftlichen
Krisensituation. Eingeleitet wird diese Tatsache wohl von
allen, die entsprechenden Lehren werden jedoch von den
wenigsten daraus gezogen. Dafür fehlt es aber nicht
an allerhand Vorschlägen, die auf eine Befreiung der
Wirtschaft einzeln, an der Empfehlung wirtschaftlicher
Mixturen und Allheilmittel, die in Fälle angeboten werden,
auch nicht an politischen Experimenten, wie dem in Ham-
burg, wo der Versuch gemacht wurde, die Lebensmittel-
und sonstigen Preise gewaltam herabzusetzen. Die Spuren
sollten sprechen. Ein rascher Ausverkauf und ein Schließen
der Läden war die Folge, da neue Waren nicht mehr ein-
trafen.

Daß Unruhen und Plünderungen nicht die geeigneten
Mittel sind, die Preisbewegung zu beeinflussen, wird inzwischen
jedem klar geworden sein. Dafür will man es jetzt mit
anderen Methoden versuchen. Wegen die Wirtschaftskrisis
werden neuerdings die Betriebsräte mobilisiert. Zur
Abwehr der Schmierigkeiten, gegen Teuerung und Wucher
wird die Einrichtung von Kontroll- und Ueberwachungs-
ausschüssen gefordert. Eine ausgedehnte Idee, wenn
die wirtschaftlichen Ursachen der Teuerung von uns aus zu kon-
trollieren und zu regulieren wären. Ein vergebliches Unter-
fangen aber ein Aufstieß, wenn man sich democht
ist, daß der Ursprung all dieser Übel im Ausland liegt
in den politischen Vorgängen und im Zustand der
Lage auf das innere Wirtschaftsgeschehen, in den maßlosen
Krisensituationen, die man uns auferlegt hat, und
in der von außen erfolgenden Ausbeutung und Zerrüttung
unserer Wirtschaftskörpers. Was sollen da noch so gut ge-
meinte und organisierte Kontrollausschüsse! Sie würden im
besten Fall an den Symptomen herumtrotzen, ohne im-
stande zu sein, der Krankheit endlich zu Heile zu gehen.
Die Quelle alles Uebels im Lande selbst lediglich in Preis-
treibern und Wucher zu suchen, geht zu weit, wenn auch
ausgegeben ist, daß oft genug derartige Einflüsse am Werk
sind. Die Art an die Wurzel der übel murchenden Teu-
erung zu legen wird nicht eher möglich sein, als bis
die Ursachen der Friedensvertrag Deutschland aufgebürdet
hat, auf das Maß des Erträglichen zurückgeführt sind und
unser Wirtschaft — auch durch Erhöhung unserer Produk-
tionsleistung — wieder ins Gleichgewicht kommt.

